

16092010

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

einige haben die Einbringung des Gesetzesentwurfes der Bürgerallianz zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge und damit die 1. Lesung persönlich im Landtag verfolgen können. Die Debatte ist derzeit noch unter dem Link <http://plenumonline.fem.tu-ilmeneau.de/thueringen/> abrufbar. Sobald mir das Protokoll vorliegt, stelle ich auch dieses selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Das Gesetz ist federführend in den Innenausschuss überwiesen. Dort wird die Debatte hoffentlich ebenso sachlich und tiefgründig, wie es die Diskussion in der Landtagssitzung vergangene Woche versprochen hat, fortgesetzt. Wir werden eine Anhörung beantragen, die uns allerdings in mündlicher Form verwehrt werden kann, so dass nur eine schriftliche Anhörung erfolgt. Sofern dies der Fall sein wird, gilt es zu überlegen, ob wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine eigene Anhörung in mündlicher Form organisieren. Bisher haben wir, also die Linksfraktion im Thüringer Landtag dies so gehandhabt.

Ich gehe davon aus, dass sich der Vorstand nach der Sitzung des Innenausschusses, zusammenfinden wird, um über das weitere Vorgehen inhaltlich wie organisatorisch zu beraten. Wir werden Herrn Hammen Montag, den 18. Oktober 2010 als möglichen Termin vorschlagen.

Vordergründig müssen jetzt Argumente zusammengetragen und präzisiert werden, die den Entwurf der BA inhaltlich stützen, insbesondere mit Blick auf die in der ersten Lesung vorgetragenen Einwände.

Im Anhang daher auf Bitte von Fred Sievert zur Kenntnis ein erstes Arbeitspapier als Antwort auf das Eckpunktepapier der Landesregierung.

Des Weiteren im Anhang informell das (zum Teil enttäuschende) Presseecho zur Einbringung des Gesetzes sowie im Folgenden ein Leserbrief von Horst Reising zur Kenntnis:

Warum fühlen sich die einstigen Wähler unserer Ministerpräsidentin Ch. Lieberknecht (CDU) und des Vizeministerpräsidenten Ch. Matschie (SPD) von ihnen immer mehr enttäuscht? Sie werden mit ihrem Verhalten den Bürgern gegenüber nicht mehr gerecht! Das Vertrauen schwindet immer mehr! Ja, tausende Bürger fühlen sich von der SPD als selbsternannte Volkspartei verraten und verkauft.

Am 09.09.2010 haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der existenzvernichtenden Zwangsbeiträge für Straßenausbau und Abwasser in den Landtag eingebracht. Bemerkenswert ist, dass dieses Thema weder Frau Lieberknecht (CDU) noch Herrn Matschie (SPD) interessiert hat. Beide und andere vom Volk gewählten und gut bezahlte Politiker hatten es vorgezogen, beim Tagesordnungspunkt Kommunalabgaben im Plenarsaal nicht anwesend zu sein. Was sagt eigentlich die Landtagspräsidentin B.Diezel (CDU) zu derartigen Verhaltensweisen? Die Vorbildwirkung auf junge Menschen lässt hier zu Wünschen übrig.

Zum Tagesordnungspunkt automatische Diätenerhöhung waren fast alle Abgeordneten im Plenarsaal. Alle Parteien hatten die Möglichkeit, zum Tagesordnungspunkt Kommunalabgaben ihre Meinung darzulegen. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen von D.Adam (B90/Die Grünen) und F.Kuschel (Die Linke). Beide sprachen sich für die

konsequente Abschaffung der Herstellungsbeiträge aus und wurden damit den Forderungen der Bürgerinitiativen und somit hunderttausender Menschen in Thüringen gerecht.

Der Innenminister P. Huber (CDU) sprach zwar in der Debatte, dass es nach dem Gesetz möglich ist, Beiträge abzuschaffen, aber die wirtschaftliche Lage in Thüringen ließe es nicht zu. Er hat versäumt zu erwähnen, dass 47 Ver- und Entsorgungsträger in Thüringen bereits keine Herstellungsbeiträge für Abwasser erheben. Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg erhebt meines Wissens auch keine Straßenausbaubeiträge. Die Äußerung des Innenministers Huber (CDU), in der Sache hart zu bleiben sei ihm empfohlen worden, stimmt mich sehr nachdenklich. Wer gab ihm diese Empfehlung und wer sind seine Berater? Alternativen, die die Beitragserhebung abschaffen, wurden von ihm nicht genannt.

Was K. von der Krone (CDU) und besonders D. Bergner von der (FDP) in der Debatte dazu beigetragen haben um die Zwangsbeiträge zu rechtfertigen, kann so nicht hingenommen werden. Herr von der Krone hat als einziger Redner keine Zwischenfragen zugelassen. War er nicht in der Lage, abweichend von seinem Konzept, Aussagen treffen zu können? Die Diskussionsbeiträge der Herren Bergner (FDP) und von der Krone (CDU) waren kaum von Sachkenntnis geprägt und fern aller Realitäten. Beide sind in keiner Weise bereit, endlich eine Entlastung der Bürger, die der Landesregierung bei ordentlicher Sacharbeit keinen Cent kosten würde, zu befürworten. Einige Landtagsabgeordnete sind an Arroganz nicht zu überbieten.

Herr M. Hey (SPD) sollte einmal überprüfen, ob die gegenwärtig geforderten Herstellungsbeiträge für Abwasser und Straßenausbau nicht eine versteckte Steuer / Grundsteuer ist, die den Hauseigentümern abgepresst werden. Ich bin gern bereit, Herrn Bergner (FDP) und von der Krone (CDU) einen Abwasserbescheid über 95.000 € und einen Grundsteuerbescheid über 24.000 €, gerichtet an eine Person, vorzulegen. Diesem Bürger wurde schon sein Elternhaus zwangsversteigert, was bleibt ihm noch zum Leben? Selbiger ist nicht in der Lage, diese Forderungen zu begleichen. Solche und ähnliche Forderungen sind den beiden Abgeordneten sicherlich nicht bekannt.

Derartige Forderungen ruinieren nicht nur die Hauseigentümer sondern auch das Handwerk und Gewerbe. Die Verarmung in den Familien schreitet immer weiter fort, was sagt die Sozialministerin Taubert dazu? Das Positive an der Debatte war, so auch R. Rusch vom Gemeinde- und Städtebund Thüringens, dass der gemeinsam eingebrachte Änderungsantrag zum Kommunalabgabengesetz von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken in den Ausschüssen behandelt werden soll. Ob die Vernunft siegen wird, bleibt abzuwarten.

Mit freundlichen Grüßen  
Diana Kölbel

Diana Kölbel  
Bürgeranliegen, Petitionen  
wissenschaftliche Mitarbeiterin für Stadtentwicklung und Regionalplanung  
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Tel.: 0361/377 2637  
Fax: 0361/377 2630  
koelbel@die-linke-thl.de